

Mainz, den 24.10.2007

Besoldung Protest in Mainz - Erste Reaktionen aus dem Landtag

Langsam kommt Bewegung in die Besoldungsdebatte. In Mainz haben gestern DGB und GdP noch einmal energisch gegen die Besoldungspläne der Landesregierung protestiert. Alle Landtagsfraktionen kündigten inzwischen an, das unzulängliche Besoldungsgesetz der Landesregierung nachbessern zu wollen. Allerdings gibt es immer noch keine Mehrheit, um die geplante Null-Runden für die Versorgungsempfänger zu stoppen und den Beamtinnen und Beamten eine angemessene Anhebung ihrer Bezüge einzuräumen.



Rund 1.000 Kolleginnen und Kollegen machten ihrem Unmut gestern vor dem Landtag in Mainz Luft. DGB und GdP hatten zu einer Protestdemonstration aufgerufen. Drinnen ging es im Haushalts- und Finanzausschuss zur Sache. Die Parlamentarier hatten die Gewerkschaften eingeladen, um ihre Stellungnahme zum geplanten Besoldungsgesetz einzuholen. DGB-Vorsitzender **Dietmar Muscheid** und der stellvertretende GdP-Vorsitzende **Heinz-Werner Gabler** bezeichneten die erst für 1.7.2008 geplante Erhöhung der Besoldung um 0,5% als Hohn.



In den anderen Bundesländern würde den Beamtinnen und Beamte ein Mehrfaches an Aufschlag auf die Bezüge gezahlt. Wie im Tarifbereich müsse für 2007 eine angemessene Einmalzahlung erfolgen. Linear seien die Bezüge schon ab Januar 2008 zu erhöhen - und zwar um mindestens 2,9%.



CDU-Chef **Christian Baldauf** forderte die Landesregierung auf, bei der Besoldungsanpassung nachzubessern. Es gehe um 2,9% für das Jahr 2008. Ein eigener Gesetzentwurf der CDU mit einem solchen Vorschlag liegt aber bisher noch nicht vor.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion **Herbert Mertin** sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Mindestens die Inflationssteigerung solle bei der Besoldungsanpassung ausgeglichen werden. Darüber hinaus fordert die FDP in einem eigenen Gesetzantrag, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Jahrgänge 1946 und 1947 zu garantieren.

SPD-Fraktionsvorsitzender **Jochen Hartloff** kündigte in einer Erklärung an, die mit dem Besoldungsgesetz für 2008 geplante Erhöhung des Familienzuschlages um 50 Euro für das dritte und alle weiteren Kinder soll rückwirkend bereits zum 1.1.2007 in Kraft gesetzt werden. Weiter könne sich die SPD vorstellen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Jahrgänge 1946 und 1947 sicher zu stellen.



Aus Sicht der GdP sind das erste gute Ansätze. **Heinz-Werner Gabler:** „Aber da muss deutlich mehr kommen! In Richtung Opposition gilt: Ankündigungen sind noch kein Gesetze. Und die Regierungsfraktion muss jetzt zeitnah und klar sagen, wie sie die Besoldung der Beamten für 2007 und ab 2008 auf einen sachgerechten Stand bringen will. Bei 0,5% zu bleiben und lediglich bei den kinderreichen Beamtenfamilien und für 180 Polizistinnen und Polizisten bei der Polizeizulage nachzubessern, reicht nun wirklich nicht. Die Beamtinnen und Beamten

des Landes sehen, dass ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern im ersten Zug nach der Föderalismusreform weit besser gestellt werden. Dabei war es doch vor allem Ministerpräsident Kurt Beck, der immer wieder dazu aufgerufen hat, bundesweit einheitliche Vorgaben für die Bezahlung der Beamtinnen und Beamten beizubehalten.“